

Lesungsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Cindensstraße 3
Telefon: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-6 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Cindensstraße 3
Telefon: Dönhoff 2500-2507

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Amerika fordert sein Geld.

Es verlangt Anerkennung der Schulden.

Recht überraschend tritt ein starkes Drängen Amerikas hervor, das zumindest Anerkennung der alliierten und besonders der französischen Schuldverpflichtungen aus dem Weltkrieg fordert. Es liegt nahe, hierin einen Zusammenhang mit der Nichträumung der Kölner Zone zu suchen. In diese Richtung weist auch die Neuherung des Senators Shipstead im Senat der Vereinigten Staaten, daß Frankreich den Staaten der Kleinen Entente fortwährend Rüstungskredite gebe. Ist genug haben amerikanische Staatsmänner gegen das Weiterwachsen und das ganze Ueberwuchern des Militarismus in der Entente ihre Stimme erhoben und da Frankreich und seine engsten Verbündeten über geringe Ansätze nicht etwa einer Abrüstung, sondern nur eines Rüstungstillstandes bisher nicht hinausgegangen sind, dürfte in den maßgebenden Kreisen Amerikas dessen Vizepräsident nun General Dawes ist, die Abneigung gegen diesen Zustand und der Wille, ihn zu ändern, noch gewachsen sein.

Folgende Meldungen geben Aufschluß über diese wichtige Angelegenheit:

Eine britische Spezialabordnung bei Hughes.

New York, 31. Dezember. (W.T.A.) Norman, Gouverneur der Bank von England, und ihr Direktor Anderson sind mit einem finanziellen Spezialauftrag der britischen Regierung hier eingetroffen. Nach einer Meldung der 'New York Times' werden sie mit Staatssekretär Hughes die Frage der Schulden zwischen den Alliierten und der sich daraus ergebenden Probleme besprechen. Nach einer weiteren Meldung des Blattes befaßten sich New Yorker Bankiers zurzeit mit der Vorbereitung von Plänen zur Flüssigmachung von 50 Millionen Dollar einer neuen Anleihe für französische Gesellschaften. Die Bankiers äußerten, daß alle diese Pläne bis zur Klärung der Kriegsschuldfrage verlagert werden müßten.

Frankreich soll sich erklären.

London, 31. Dezember. (W.T.A.) 'Morning Post' meldet aus Washington, in höchsten amerikanischen Regierungskreisen sei zu verstehen gegeben worden, daß die Zeit gekommen sei, wo die amerikanische Regierung eine deutliche Erklärung Frankreichs über seine Absichten wegen der Fundierung der französischen Schulden an die Vereinigten Staaten erbitten wolle.

Der Staatsbank-Scandal.

Verhaftung der Brüder Barmat.

Poliz-Bureau teilt mit: Durch die Sichtung des Materials im Antiker-Konzern hat sich eine Beteiligung des bekannten Barmat-Konzerns herausgestellt. Die Staatsanwaltschaft hat deshalb sämtliche dem Barmat-Konzern angehörenden industriellen Unternehmungen sperren lassen und die Gebrüder Barmat vorläufig festgenommen. Es handelt sich um Julius, Salomon und Henry Barmat, während der vierte der Brüder, Jaak, sich außerhalb Berlins befindet.

Eine Berliner Lokalcorrespondenz bringt dazu folgende weitere Einzelheiten, deren Nachprüfung im Augenblick nicht möglich ist:

Das Ergebnis der Vernehmungen der Direktoren und Prokuristen der Antiker-Betriebe, der Sichtung ihres schriftlichen Materials und der Akten der Verhandlung war, daß die Staatsanwaltschaft nach längeren Besprechungen zwischen Oberstaatsanwalt Vinde und den beiden Sonderdelegierten Kaufmann und Caspari sich zu einer durchgreifenden neuen Maßnahme entschloß. Sie verfügte die Verhaftung der Gebrüder Barmat und requirierte noch in der Nacht die gesamte Streifenbeamenschaft der Kriminalpolizei, etwa 300 Kräfte unter Leitung des Kriminalkommissars Hermann, dem noch mehrere Kommissare zur Seite stehen, um die Verhaftungen durchzuführen und weiter alle Verbindungen des Barmat-Konzerns auf das gründlichste festzustellen. An der Spitze der Gebrüder Barmat steht Julius Barmat, der Eigentümer einer schloßartigen Villa auf der Insel Schwaneuwerder im Wannsee. Drei Brüder dieses Barmat sind Herschel, Henry, Jaak und Salomon Barmat. Alle stammen aus Lodz. Auch ein Sohn Julius Barmats ist in den Geschäften des Konzerns tätig. Der Barmat-Konzern hatte früher in dem Hause des Café Schön, Unter den Linden 45, große Räume inne. Vor einiger Zeit brachte er die früher von Benedekerrische Bank an sich, um sie unter der Firma Deutsche Reklambank in dem Eckhause an der Friedrich- und Behrenstraße, in dem sich früher das Casanische Panoptikum und Befand, weiterzuführen.

Dieses Unternehmen befindet sich fast ganz, man sagt bis zu 95 Proz., in den Händen Julius Barmats. Die Gebrüder Barmat hielten noch gestern abend in einem Hotel Unter den Linden mit den meisten Direktoren und Geschäftsführern ihres Konzerns eine Konferenz ab. Unterdessen fanden die Besprechungen statt, die mit dem Beschluß ihrer Verhaftung endeten. Sofort wurden Kriminalbeamte zur Beobachtung ihrer Wohnungen entsandt, weil man von der Konferenz noch keine Kenntnis hatte. Heute früh wurden Julius Barmat, sein Sohn, Herschel Barmat und Salomon Barmat in ihren Wohnungen in Schwaneuwerder, am Kurfürstendamm und Unter den Linden verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Die bei ihnen vorgefundenen Schriftstücke und Barmittel wurden beschlagnahmt und zur Sichtung und Prüfung zur Staatsanwaltschaft gebracht. Auf Schwaneuwerder waren besondere Vorkehrungen getroffen worden. Ein Kriminalkommissar ließ sich mit 15 Beamten nach der Insel überfahren und umstellte mit ihnen die Schloßvilla. Auf dem Wannsee gegenüber ihrer Booten des Reichswasserfahrges, weil man mit der Möglichkeit rechnete, daß Julius Barmat

'Daily Express' berichtet aus Washington, die Erklärung des derzeitigen französischen Botschafters, daß Frankreich nicht beabsichtige, seine amerikanische Schuld nicht anzuerkennen, habe die Spannung, die sich zwischen Washington und Paris entwickelte, nicht gemildert. In die Erklärungen des französischen Botschafters werde ohne eine formelle Bestätigung durch die französische Regierung kein Vertrauen gesetzt. Senator Shipstead sagte im Senat,

Frankreich leihe seinen europäischen Alliierten Geld für Kriegszwecke.

es habe der Kleinen Entente 200 Millionen Pfund geliehen, die fast ausschließlich für Rüstungen verwendet worden seien.

Der Washingtoner Berichterstatter der 'Times' schreibt, seit der Ruhrbesetzung sei die französisch-amerikanische Freundschaft nicht so ernstlich gefährdet worden wie seit der Zeit, da die Frage der französischen Kriegsschulden an Amerika wieder in den Vordergrund getreten sei. Es bestehe unfraglich Zweifel an der Aufrichtigkeit der französischen Beteuerungen, daß die Schuld eine Verpflichtung sei, die eingehalten werden würde.

Das Weiße Haus läßt erklären, daß die amerikanische Regierung die Besprechung der Frage der interalliierten Schulden auf der Finanzkonferenz in Paris nicht vorsehe und daß sie in dieser Hinsicht ihren Botschaftern keine Instruktionen erteilt habe. Die Vereinigten Staaten befaßen eine schriftliche Schuldverschreibung der europäischen Nationen, denen sie Geld geliehen hätten. Der Kongreß habe ein Gesetz angenommen, das die Schuldenpolitik regelt, und dieses Gesetz schreibe das Verhalten der Regierung vor.

Paris, 31. Dezember. (W.T.A.) Finanzminister Clementel erklärte dem 'New York Herald' bezüglich der französischen Schulden den Vereinigten Staaten: Ich habe niemals die Absicht gehabt, eine Annulierung der französischen Kriegsschulden vorzuschlagen. Ich habe diese Lösung in dem Exposé über die französischen Finanzen einzig und allein angeführt, um hervorzuheben, daß ein Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich sie gerecht finden würde. Aber ich habe mich niemals zum Anwalt eines derartigen Planes gemacht, und ich werde gewiß, wenn das Problem der alliierten Schulden zur Erörterung kommt, derartiges nicht vorschlagen.

und sein Sohn mit einem ihrer beiden Rennboote entfliehen könnte. Die Verhaftungen vollzogen sich aber an allen Stellen ohne jeden Zwischenfall.

Während heute morgen gleich mit der Vernehmung der Betroffenen begonnen wurde, begaben sich gegen 9 Uhr bei der Geschäftsöffnung Kriminalkommissare mit dem ganzen Korps der Streifenbeamenschaft zu Industriewerken und Banken, im ganzen nach 13 Stellen, um durch eine überraschende Kontrolle festzustellen, wieweit sie mit dem Barmat-Konzern in Verbindung stehen. Später trafen auch die Staatsanwälte der Sonderbezirke ein, um die auf Grund der Feststellungen erforderlichen weiteren Verfügungen zu treffen. An mehreren Stellen wurde eine erhebliche Menge einschlägigen Materials beschlagnahmt und zur weiteren Nachprüfung der Staatsanwaltschaft zugeleitet. Das Vorgehen gegen die Gebrüder Barmat und die Banken und Industrieunternehmen wurde bald bekannt. In Bank- und Börsenkreisen erregte es große Aufregung, teilweise machte es einen fast lähmenden Eindruck. Jaak Barmat, der vierte der Brüder, wurde nicht angetroffen. Er befindet sich - wie es heißt - auf einem Jagdausflug.

Verständigung, nicht Konflikt.

Stresemann über Walfischkontrolle und Räumungsfrage.

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat gestern die Vertreter der ausländischen Presse empfangen und ihnen längere Erklärungen über die Stellung der Reichsregierung zur Räumung der Kölner Zone gegeben. Er fasste seine Erklärungen in die Formel zusammen: nicht offener Konflikt, sondern Verhandlungen. Nach einem Bericht des 'Berliner Tageblatt' führte er aus:

'Anstatt des offenen Konflikts, dem wir durch eine solche Politik nunmehr zusehern, und der auch die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den alliierten Ländern auf anderen Gebieten gefährden könnte, fordern wir Verhandlungen über alle Meinungsverschiedenheiten, Belege über die Ergebnisse der 1800 Kontrollbesuche, damit wir die Verwäse unsererseits prüfen können. Es ist notwendig, daß die angeblichen Verfehlungen Deutschlands von beiden Seiten einer Prüfung unterzogen werden, damit Deutschland etwaige tatsächliche Verfehlungen abzustellen in der Lage ist. Wir sind der Auffassung, daß die Differenzen, die sich aus den Entwürfsparagrapphen ergeben haben sollen, viel zu gering sind, um eine Grundlage zu bilden zur Abweichung von der seit London begonnenen Politik und dafür, daß deutsches Land länger, als im Friedensvertrag vorgesehen, besetzt gehalten wird.'

Stresemann sprach die Hoffnung aus, er sei überzeugt, man würde auf dem Wege von Verhandlungen sehr schnell zu einer Verständigung gelangen.

Der württembergische Landtagsabgeordnete Poehner wird nach Stuttgartermeldungen am 1. Januar seine Festungshaft in Landsberg antreten.

Praktische Politik.

Die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

Herr Gustav Stresemann hat in seinem Weihnachtsartikel im 'Hamburger Fremdenblatt' nicht nur erneut seine Liebe zu den Deutschnationalen beteuert, sondern zugleich auch seine Abneigung gegen die Sozialdemokratie. Deutscher als das bisher von ihm geschah, hat er die Auffassung der Schamerindustrie vertreten, daß die großen Fragen wirtschaftlicher Natur, die jetzt bei den internationalen Handelsverträgen zu lösen sind und auch die Frage der Steuerreform, die eine Entlastung der Wirtschaft bringen muß, bei der dogmatischen Einstellung weiter sozialistischer Kreise mit einer sozialistisch-bürgerlichen Koalition nicht zu lösen sind.

Diese Äußerungen Stresemanns ist bedeutsam. Sie zeigt, daß es das Hauptziel der Regierungsbildung ist, die innerpolitischen Maßnahmen, die sich aus der Annahme des Dawes-Gutachtens ergeben, nicht nur ohne, sondern auch gegen die Sozialdemokratie zu treffen. Die Rechtfertigung dafür sieht Stresemann in der 'dogmatischen Einstellung weiter sozialistischer Kreise'. Nicht ohne Absicht scheint Herr Stresemann sich dieses verkommenen Ausdrucks bedient zu haben. Wo Gründe fehlen, stellt zur rechten Zeit ein Schlagwort sich ein. Mit den Endzielen der Sozialdemokratie hat die Regelung der nächsten Wirtschaftsgelegenheit Deutschlands nichts zu tun. Kein Sozialdemokrat, sei er auch noch so 'dogmatisch' gesinnt, gibt sich der Illusion hin, daß gegenwärtig politisch-parlamentarische Fortschritte in der Richtung des Sozialismus erzielt werden können. Die Meinungsverschiedenheiten über die allgemeinen Wirtschaftsgrundzüge spielen deshalb für die Regierungsbildung eine geringere Rolle als die Meinungsverschiedenheiten über die praktische Lösung der einzelnen Wirtschaftsprobleme.

Betrachtet man die einzelnen Probleme, um die der Kampf in den nächsten Monaten gehen wird, so wird das ganz klar. An der Spitze aller Probleme steht die Frage der Arbeitszeit. Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen wollen den Achtstundentag. Er ist das Ziel aller kapitalistischen Kreise, die durch erhöhte Ausbeutung der Arbeitskraft ihren Profit vor Belastung schützen wollen. Die Sozialdemokratie will die Rückkehr zum Achtstundentag. Sie steht in dem Schutz der Arbeitskraft nicht nur einen berechtigten Anspruch der arbeitenden Volksschichten, sondern auch die Voraussetzung für die Wiederbelebung und Gesundung des gesamten Wirtschaftslebens. Die Sozialdemokratie steht mit dieser Anschauung durchaus nicht allein. Auch die den bürgerlichen Parteien noch vertrauenden Arbeiter, Angestellten und Beamten erstreben den Achtstundentag. Wer also, um den Achtstundentag zu verhindern, gegen die Sozialdemokratie regieren will, regiert zugleich gegen die Masse der Arbeitnehmer.

Die Rechtsparteien wollen zweitens ein Hochschulzollsystem, das den Großkapitalisten und Agrariern die schrankenlose Erhöhung der Inlandspreise ermöglicht, Kartelle und Trusts zu unbeschränkten Herren des Staates und der Wirtschaft macht und ihnen das gesamte schaffende Volk ausliefert. Der Weg hierzu ist der Zoll auf Eisen und der Zoll auf Getreide. Diese beiden Zölle ziehen den Zollschutz der gesamten Wirtschaft automatisch nach sich, damit aber auch Preissteigerungen, Verteuerung der Produktion, Erhöhung des Abfuges und Zunahme der Arbeitslosigkeit. Die Sozialdemokratie will den Abbau des Eisenzolls, die Verhinderung von Agrarzöllen und den durch Zollbelastung ungehinderten Verkehr mit dem Weltmarkt. Denn nur auf diesem Wege gibt es einen Abbau der überhöhten Preise, die Steigerung der Produktion, die Besserung der Beschäftigungsmöglichkeiten und eine Erhöhung der Reallohne. Auch das ist kein besonderer sozialdemokratischer Standpunkt, sondern gleichfalls die Anschauung aller übrigen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtengruppen. Sie finden dabei Unterstützung durch die Angehörigen der freien Berufe, durch zahllose Gewerbetreibende und Händler und einen erheblichen Teil der verarbeitenden Industrie. Die geistige Führung erhält dieser Kampf sogar von der bürgerlichen Wissenschaft, deren hervorragendste Vertreter entgegen ihren früheren Anschauungen jetzt für den Abbau der Zollschranken eintreten!

Die dritte große Frage, die Herrn Stresemann veranlaßt, unter die schützenden Fittiche der Deutschnationalen zu kriechen, ist die Steuerreform. Mit der 'Entlastung der Wirtschaft', die die Rechtsparteien erstreben, ist der Abbau aller Besitzsteuern gemeint. Die schöne Zeit der Inflation, wo mit dem Steigen der Leistungsfähigkeit die Steuerlast sank, soll wiederkommen. Arbeit und Verbrauch sollen die Steuerlasten ganz oder doch zum größten Teil allein tragen. Die Sozialdemokratie will demgegenüber die Verteilung der Steuerlast nach der wirklichen Leistungsfähigkeit und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Inflation der Masse des Volkes das Letzte geraubt hat und einigen hunderttausend Kapitalisten und Großagrariern schuldensreiche Viesenvermögen verschafft. Ihr Ziel ist deshalb: Abbau der Umsatzsteuer, der Lohnsteuer und der Verbrauchssteuern, Steigerung des Ertrages der Einkommensteuer, der Vermögenssteuer und der Erbschaftsteuer. Nur so kann das Gleichgewicht des Haushalts dauernd sichergestellt und die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen gewährleistet werden. Daher sind auch in dieser Frage die nichtsozialdemokratischen Lohn- und Gehaltsempfänger, Rentner und Ange-

hörige der freien Berufe mit den Sozialdemokraten durchaus auf einer Linie.

Ziehen wir das Ergebnis aus diesen Betrachtungen. Was die Sozialdemokratie als Ziel der unmittelbaren Gesetzgebungsarbeit der nächsten Monate erstrebt, das ist soziale Reform, aber noch nicht Sozialismus. Mit diesen Absichten steht deshalb die Sozialdemokratie nicht allein, sondern Schulter an Schulter mit den schaffenden Kräften des Volkes, die im Lager anderer, auch bürgerlicher Parteien stehen. Will man das Gesetzgebungswort der nächsten Monate gegen die Sozialdemokratie durchführen, so heißt das nichts anderes, als es durchzuführen suchen gegen die großen Massen des Volkes, auf deren Arbeit das Wirtschaftsleben beruht. Das ist die Front: Kapitalisten gegen Richtkapitalisten.

Man kann Herrn Stresemann nur dankbar sein, daß er so offen zugestanden hat, daß er und die Deutsche Volkspartei sich dem Diktat von Schwerindustrie und Großagrariern vollständig gebeugt haben und im Begriff stehen, Deutschland in die schwersten inneren Kämpfe hineinzutreiben. Kämpfe, die gewiß in erster Linie im Parlament ausgesocht werden, dort zu den heftigsten Explosionen führen müssen, aber auch das Wirtschaftsleben erfassen werden. Wenn er glaubt, trotzdem Deutschlands Wirtschaftsgesetzgebung gegen die Sozialdemokratie und gegen die Volksmassen lösen zu können, so wird er durch die Tatsachen bald eines anderen belehrt werden.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat sich bereit erklärt, an der Bildung einer Regierung auf der Grundlage der Weimarer Koalition mitzuwirken. Sie hat bis zur Entseffung der Regierungskrise ihre Absicht bekundet, auch einer Regierung der Mitte keine grundsätzlichen Schwierigkeiten zu bereiten. Sie hat sich dessen bewußt gezeigt, daß bei der Kompliziertheit der deutschen Parteiverhältnisse und angesichts der Tatsache, daß sie allein leider noch lange nicht über die Mehrheit verfügt, Besserungen nur schrittweise erreicht werden können, ja daß es unter Umständen sogar genügen muß, drohende Verschlechterungen abzuwehren. Damit hat sie ihre Bereitwilligkeit zu Verständigungen entgegenkommens erreicht. Eine Wirtschafts- und Steuerpolitik, die einseitig von den Vertretern der besitzenden Klassen getragen und einseitig in deren Interesse geführt wird, wird ihrem allerschärfsten Widerstand begegnen. Will Herr Stresemann diesen Kampf, so wird er ihn haben.

Zentrumsprobleme.

Politisch-parlamentarische Orientierung und soziale Kräfte.

In der „Germania“ veröffentlicht A. Gottwald einen Aufsatz über die Zukunft des Zentrums, der zugleich die programmatische Einstellung des Zentrums scharf umreißt. In diesem Aufsatz, der in den Tagen der Regierungsbildung von großem Interesse ist, heißt es:

„Nun hat zwar das Zentrum lange Zeit mit den Parteien der Linken in der Regierung gesessen, es lehnte auch niemals ab, mit den Parteien der Rechten zusammen zu regieren; ganz unmöglich aber ist, daß das Zentrum eine Kampfregerung von rechts oder links unterstützt; die Einordnung in einen Rechts- oder in einen Linksblock würde den Zerfall des Zentrums bedeuten. Welche Kräfte im Zentrum, beispielsweise die Landwirtschaft, waren grundsätzlich einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie abgeneigt; es ist ihnen hoch anzuzurechnen, daß sie sich politischen Notwendigkeiten fügten, aber es kann ihnen doch nicht zugemutet werden, diese gemeinsame Arbeit in ein Bündnis umzuwandeln und sich einer Gruppe einzunordnen, in der die Sozialdemokratie nach Lage der Sache führend sein müßte. Umgekehrt würden andere Zentrumskreise, z. B. die Arbeiter, wohl an einer Rechtsregierung teilnehmen, unentgeltlich für sie aber wäre eine feste Verbindung unter deutschnationaler Führung. Darüber sind sich vermutlich alle Politiker klar, und der gegenwärtige Kampf gilt nicht bloß, vielleicht nicht einmal in

erster Linie, der eigenen Herrschaft, sondern dem Zerfall des Zentrums.“

„Von den beiden Hälften des zerbrochenen Zentrums würde die eine ziemlich rasch Anschluß an die Parteien der Rechten finden; die andere wird sich als christlich-soziale Volksgemeinschaft oder unter einem anderen Namen vermutlich länger erhalten. Des Rückhalts an einer starken Partei beraubt, würde aber schließlich doch die Mehrheit der christlichen Arbeiter Anschluß bei der Sozialdemokratie finden.“

„Glaubt man wirklich, daß die Industriearbeiter schnell vergessen werden, was sie von ihren fast ausschließlich politisch rechts stehenden Arbeitgebern im Laufe der letzten Jahrzehnte erduldeten?“

„Das Zentrum hat nur als Mittelpartei eine Zukunft, wer es in ein Zweiparteiensystem einordnen will, vernichtet es. Die Gefahr ist nicht groß; sie wird von der Parteiführung klar erkannt. Der Reichsparteitag des Zentrums hat sich entschieden für die bisherige Mittelpolitik ausgesprochen, die Reichstagsfraktion erklärte sich einmütig gegen die Teilnahme an einer Rechtsregierung, die nach der gegenwärtigen Lage und nach den offenen Bekundungen der deutschnationalen Presse eine Kampfregerung sein würde. Es gilt aber, einerseits den Zentrumsanhängern die gegenwärtige Lage möglichst klar darzustellen, weiter aber der breiteren Öffentlichkeit darzulegen, wie unbegründet die vielfach verteilten Hoffnungen auf einen Sinneswandel des Zentrums tatsächlich sind.“

Das Ziel des Zentrums ist, die Reichspolitik entscheidend zu beeinflussen mit Hilfe der starken Stellung als ausschlaggebende Partei im Parlament, die bei jeder Mehrheitsbildung die Entscheidung in der Hand hält. Diese Politik ist der Ausfluß des inneren Gefüges des Zentrums, das widerstreitende soziale Kräfte in einem Parteirahmen zusammenhält. Das Zentrum muß sich formal politisch orientieren, nicht vorwiegend sozial. Aus diesen inneren Gründen wird die Stellung des Zentrums zu großen sozialpolitischen Fragen niemals entschieden sein.

Volksparteiliche Neujahrswünsche.

Worte und Taten.

Die „Nationalliberale Korrespondenz“ bringt Neujahrswünsche des volksparteilichen Reichstagsabgeordneten Dr. Most. Vier Wünsche hat er auf dem Herzen, und jeder Wunsch wäre eine Ohrfeige für die Volkspartei, wenn es dort so etwas wie ehrliche Politik gäbe.

„Auf politischem Gebiet wünsche ich, daß die baldige Schaffung unserer wirtschaftlichen Produktion durch nie ablassende Kämpfe vernichtet wird, in denen die beiden Seiten gegeneinander stehen.“

Deshalb ist die Volkspartei auch für den Block gegen die Arbeiterschaft und gegen die Sozialdemokratie, weil die wirtschaftlichen Fragen nach Herrn Stresemann nicht auf dem Wege der Verständigung, sondern nur auf dem Wege des Kampfes mit der Sozialdemokratie gelöst werden können.

„Auf wirtschaftlichem Gebiet wünsche ich, daß der Kampf aller gegen alle zum Stillstand kommt.“

Dazu ist das beste Mittel zweifellos der Bürgerblock, denn er bedeutet im Innern Deutschlands Frieden auf Erden.

„Auf politischem Gebiet wünsche ich die baldige Schaffung einer Reichsregierung nicht auf dem schwankenden Boden einer jeden Tag vom Zusammenbruch bedrohten Minderheit beruht. Es ist ein schlechtes nicht mehr zu ertragender Zustand, daß alle paar Wochen eine Regierungskette entsteht und immer neue Unsicherheit in die nicht zulezt für das Schicksal des deutschen Rheins entscheidende Politik getragen wird.“

Deswegen inszeniert auch die Volkspartei ununterbrochen Regierungskrisen und wünscht gerade die Partei in die Regierung aufzunehmen, deren Eintritt mehr als alles andere die Befreiung des Rheinlandes gefährden muß. Wenn Herr Stresemann und seine Jünger auch mit Engelszungen reden, so werden sie es doch nicht fertig bringen, die Tatsache wegzuleugnen, daß gerade sie all die schönen Dinge am meisten gefährden, von denen sie reden.

mit geistigen Mitteln überwunden. Man rechnet wirklich mit der Blunderwelt des Regisseurs ab, doch so, daß nicht nur der Kinofreund befriedigt wird, sondern auch der kluge Kopf.

Mag Reinhardt packt dieses Entlarvungsstück, diese angenehme Risikoparodie, verborgen hinter einer psychologischen Silvestertruppe, mit Wohlmut für seine „Komödie“. Wohlmut ist das richtige Wort. Alle, er, der Regisseur, und seine Genossen, sind herrliche Genossen: Ballenberg, Güllstorff, Diegelmann, Frau Lucie Höflich, Fräulein Franziska Rinz und ein famoser Trabantenschwärm sind kostbar, freigeigig im Verschenten des eigenen Temperaments und begeistert von ihrem Häuptling zu eigenmächtiger Willkür. Ballenberg, der Theaterdirektor, diesmal untertan dem Dichtervort, sich behütend vor Improvisationen und so fest diszipliniert, daß Rolle und Mensch ideal zusammenkommen. Frau Höflich großartig in einem einzigen Schmerzenseuberschuß, Güllstorff tragischer Schelmer, am Ende gehetzter Gewissenskrüppel, nicht nur sein, sondern auch erschütternd. Fräulein Rinz, die als Desdemona Geziertheit und Schlichtheit noch nicht trennte, zieht die Aufmerksamkeit an sich, weil ihre Natur noch nicht ganz bekannt ist. Sie wirkt tragisch, weil ein behagliches Neuhäres leicht in Gegensatz zu einem scharf betonten Leide gerät. Gewinnend wirkt sie, weil manchmal ihr gebildetes Wort ins heimlich-dialektische fällt. Dann sagt man sich: Mädchenunschuld, die zu hart angefaßt wurde. Und alles, bis auf die Theaterprobenweise, ausgebreitet, man möchte sagen, mit unendlicher Geduld abgestimmt. Nichts Problematisches. Geling'n überall. Das war der Stil des Abends. Mag Hochdorf.

Bleigießen . . .

Von Hans Bauer.

Das kleine Bleistück brät in der Pfanne. Onkel Otto, Papa Ernst, Mama, Fräulein Tochter Käti, Herr Sohn Hans umfliegen benannte Pfanne.

Papa hält sie über einen Spirituslöcher in der Rechten. Das Blei hat den in der Gebrauchsanweisung vorhergesagten Schmelzprozeß vorchristlichmäßig absolviert und schwimmt als dickflüssiger Brei.

Papa kippt den Bleibrei in ein Waschbecken hinein. Jöhnchen wimmert das Blei Wasserbad in die Stubendecke hinauf, glückt im Schmerz über die grobe Behandlung noch ein paar Winkelfläche aus, beruhigt sich allmählich und liegt nun als hariggeizener Klumpen auf dem Waschbeckenboden.

Alle gaffen neugierig das formlose Refusit an und bemühen sich, an den jagenden Spigen ihr Kombinationsstalent zu wecken.

Onkelchen vermutet ein „Schiff mit drei Masten und einem Rettungsboot an der Seite“, Papa wieder behauptet, drei Insende Soldaten zu sehen die das Gewehr anlegen, wohingegen Mama von einem Korb mit drei Quasten munkelt und Käti nicht umhin kann, an einen Panzer denken zu müssen, der zwei Branten ausspreitet und mit riesigem Schwanz webelt, was wieder Hans gar nicht findet, der eine Landspatze mit drei aufstrebenden Teleglyphenposten erkennen will.

Arbeiter als Minister.

Die „Germania“ veröffentlicht die Zuschrift eines Arbeiterführers, der die Hege der Rechtsparteien gegen die Minister aus dem Arbeiterstand zurückweist. Jedes Wort dieser Zuschrift ist ein Keulen-Fraktion auch hinter die Minister aus dem Arbeiterstand stellt, bloß.

„Aus der Tiefe wachsen dem Volke die staatsstrebenden Kräfte, und staatspolitisch gesehen, kommen wir zum Volkstakt. Zum Ruhm ist dem Ganzen die Neuordnung nicht geworden. So etwas kann nur der Barnierter behaupten. In all den Zukunfts der letzten Vergangenheit hat sich immer wieder gezeigt, daß das Land, in dem obige Gedanken die schärfste Ausprägung fanden, am festesten stand. Es war das neue Preußen! Hier ist der Beweis erbracht, daß das Verwalter doch nicht eine Wissenschaft der Bücher, sondern ein klares Erkennen und Einschätzen der Volkskräfte und Tatsachen ist, daß das Regieren die Anwendung der gesunden Vernunft bedeutet. Preußen ist doch gewiß das Land, welches am schwierigsten zu leiten ist. In ihm spiegelt sich die Reichsstruktur unerschöpflich wieder. Wo aber hat die Verwaltung seit 1918, von einigen Bürgerblodexperimenten abgesehen, als es im Reich zudie, größte zum offenen Aufruhr kam, am besten funktioniert? Es war doch das neue Preußen mit all seinen deutschen Wirkungen von Ost und West Nord und Süd, Industrie und Landwirtschaft und seinen Gegensätzen auf futuralem Gebiet. Und gerade in diesem neuen Preußen ist die Arbeiterschaft in den höchsten Spigen stark vertreten. Vieles, was im Reich, insbesondere in der Ära Cuno, an Unklugheiten hervorbrachte, ist in Preußen stark gemildert worden. Hier sahen Arbeiter auf den maßgebenden politischen und sozialen Ministerstühlen. Das es so ist, bedeutet kein Wunder, sondern ist der äußere Ausdruck der Tatsache, daß wir uns in der Neubildung der Gesellschaftsgliederung befinden, in der Bildung der Gesellschaft, wo hinein die Arbeiterschaft mit starken Kräften strebt. Sie hat die alten Fesseln gesprengt. Es wäre nun eine Katastrophe in sich, die alte Ordnung wieder schaffen, sie nach außen hin im Staatleben in die Erscheinung treten lassen zu wollen.“

Das Zentrum steht vor der Frage, ob es denen folgen soll. Die des Rad der Geschichte zurückdrehen, die den alten Obrigkeitsstaat wiederherstellen wollen.

„Was hat nun unsere Partei zu tun? Das ergibt sich ganz klar aus der Situation. Es genügt nicht, daß sie nur Arbeiterabgeordnete hat, nein, sie muß der Anerkennung oligen Zustandes sichtbaren Ausdruck geben, indem sie auch Arbeiter an die Spitze der Staatsleitung stellt. Sie, die Partei, hat bisher die Dinge in ihrer Tragweite klar erkannt und ist fest und entschlossen den neuen Weg gegangen. Hieron soll sie sich nicht abbringen lassen, mögen die Spießer schimpfen, soviel sie wollen. Unsere Partei soll dadurch, daß sie sich mit ihren Fraktionen auch hinter die Minister aus dem Arbeiterstand stellt, offen zum Ausdruck bringen, daß sie die Volkspartei ist. Von diesem Weg darf sie sich nicht abbringen lassen durch die widerlichen demagogischen Angriffe auf die neuen Männer, auch nicht durch Feh'er und Mißgriffe, die hier und da vorkommen. Unsere Partei muß die Vertreterin dieser Ideen sein und bleiben. Sie zeigt damit ihren Wählern, daß sie die Zeit versteht und Vertrauen zum Volk hat. Vertrauen und Gerechtigkeitsempfinden im Volk selbst ist aber die beste Grundlage des Staates. Erkennt man all die Dinge und Tatsachen, die im Volkstakt gegenüber dem Obrigkeits- und Klassenstaat lebendig sind, an, wird der Weg vom Arbeiter zum Minister als nichts anderes gewertet werden können, als der natürliche Ausdruck der geistigen Grundlage unseres neuen Staates, worin das freie Volk der gleichen Bürger lebt. Alle Schichten und Stände sollen ihre besten Kräfte schicken, und wer der Beste ist, set der Erste unter Gleichen.“

Bisher hat das Zentrum es abgelehnt, den verhängnisvollen Weg zu beschreiten, auf dem die Bürgerlicher Deutschland in neue schwere innere Kämpfe stürzen wollen. Schon die nächsten Wahlen werden zeigen, ob das Zentrum auch weiter diese Stimme der Arbeiter in keinen Reichen hören will.

Diktatoren auf der Eisenbahn.

Eine interessante Reiseunterhaltung.

In unserem Lübecker Parteiblatt, dem „Volksboten“ finden wir die folgende, überaus interessante Zuschrift veröffentlicht:

„Vorige Woche fuhr ich von Lübeck nach Berlin. Aus gewissen Gründen in der 1. Klasse des D-Zuges, der Lübeck um 4.18 nachmittags verläßt. Außer mir waren noch drei Herren im Kupon. Wie ich später von ihnen erfuhr, waren es drei Gewalttäter der deutschen Eisenbahn. Nämlich der Geheimkommerzienrat Benz aus Schloßstein in Pommern, der Geheim Oberregie-

Papa hat den Klumpen inzwischen aus dem Wasser genommen und ihn auf den Tisch gelegt.

Eine lange Pause tritt ein, während der das Bleistück durch die diversen Hände wandert.

Schwelgen hält den traulichen Kreis umfassen. Die Uhrzeiger treiben die Zeit dem neuen Jahr entgegen.

Da bemerkt Onkel Otto, man habe ja noch gar nicht ausgekostet, was man denn eigentlich aus dem Bleigießen erfahren wolle.

Schwelgen.

Papa brummt: „Ja, eigentlich.“

Die anderen hüpfen nachsinnende Wienen auf. Nur Käti piepft, das sei doch selbstverständlich: die Zukunft!

Papa brummt: „Ja, eigentlich.“

Onkelchen bemerkt schäktern: „Aber welche denn?“

Käti piepft: „Ja, überhaupt ja.“

Alle machen nachdenkliche Gesichter. Alle sind es zufrieden.

Onkelchen sagt, er lasse sich nicht davon abbringen, daß der Bleiguß ein dreimaliges Schiff darstelle. Dann hebt er die Stimme: „Wie die dreimaligen Schiffe hinausgehen, hinaus in die Weite, hinaus . . . also hinaus in das Meer . . . so segeln auch wir mit geblickten Segeln einer neuen . . . also hinaus in das Meer . . . einer neuen, schönen, besseren Zukunft hinaus . . . hinein . . . Das prophezeit das Blei!“

Alle sind gerührt. Die Uhr haut zwölf Schläge.

Onkel toastet: „Auf die prophezeit, neue, bessere Zukunft!“

Alle sagen überzeugt: „Prosit Neujahr!“

„Shakespeare bei Kotters“. Zu unserer Kritik in der Abendnummer vom 29. Dezember sendet uns die Direction des Lessing-Theaters eine Berichtigung. In der sie behauptet, „Der Widerspenstigen Zähmung“ sei nicht „stark gekürzt, gewissermaßen auszugeweiht“ gespielt worden, sondern es habe „vielleicht noch nie in Berlin eine Shakespeare-Aufführung stattgefunden, die den Text des Wertes in so wenig gekürzter Form gebracht hat“. Auch habe Theodor Beder nicht ein einziges Wort gesprochen, das nicht eine Uebersetzung des Shakespeareschen Textes sei, und Ferdinand Bonn habe nur ein einziges Extempore gesprochen, das in den Treben mit Zustimmung des Regisseurs festgelegt worden war.

Gründung einer städtischen Galerie in München. Der Stadtrat München hat die Renzianischen Anwesen an der Luitpold- und Richard-Wagner-Strasse erworben. Frau von Venedig hat der Stadtgemeinde die wertvolle Renzianische Galerie geschenkt. Die Stadt beschäftigt nunmehr, eine städtische Galerie zu errichten, in der Werke Münchner Künstler gesammelt werden sollen.

Im Neujahrskonzert des Berliner Sinfonie-Orchesters, abends 8 Uhr im Blüthner-Saal, wirkten Konzertmeister Rabinow (Violine), Gedrich Kleiber (Klarinette) und Arty Darmann (Harfe) als Solisten mit. Dirigent: Dr. Julius Rospig. Eintritt M. 1.—.

Wilkam Becker, der einflussreiche englische Kritiker, Uebersetzer: Müns und anderer norwegischer Dramatiker, ist gestorben.

Corelius Gurll, der bekannte Kunsthistoriker, vollendet am Neujahrstage sein 75. Lebensjahr.

Pirandello's Experiment.

Der Sizilianer Luigi Pirandello nahm deutsche Romantiker auf, als er in Deutschland auch das Schulmeisterfach studierte, und später noch, als er schon das 50. Lebensjahr überschritten hatte. Er ist, ohne daß seiner Brautheit Abbruch geschehe, ein geistiger Mann und gewaschen in allermodernerer Kasporgie. Wenn ihm eine Vision aufsteigt, so handelt es sich zunächst nicht um etwas Traumhaftes, es handelt sich nur um die Schauer Geschichte vom Stiefvater, der die schöne Tochter verführt, von der Mutter, die darüber verzweifelt, wieder um die Tochter, die aus Not auf die Straße geht, und um einige Geschwister, die ein für allemal durch dieses Familientrauerpiel vernichtet werden. Die Tochter, die niemals in ihrer sittlichen Aufgebrachtheit entwaffnet, und der von Gewissensbissen zerfressene Vater bleiben dem dichtenden Visionär besonders hell im Gedächtnis. Er wagt schließlich den kühnen Gedankenreich: die sechs Trauergestalten seiner Einbildung sind zwar nur phantastische Geister, doch es plagt ihn der Wille, sich vollkommen mit ihrem Schicksal zu verdrängen. Die Gestalten sind da, aber sie müssen mehr werden, sie müssen das rote Blut der heißen Dichtergnade empfangen, bis er, der Dichter, versagt. So stark erlehnt keine Kraft, daß er sich vor seinen eigenen Geschöpfen plötzlich fürchtet und desertiert. Die Gestalten, die er sich als glänzende Theaterrollen ausgedacht hat, sind nun verlassen und verwaist. Sie suchen, all diese sechs Unglücksperlen, einen Autor. Diese Beobachtung wird dem enttäuschten Dichter von jetzt ab wichtiger als die Lösung seiner Ständelblattporgie. „Sechs Personen suchen einen Autor“ — so heißt fortan der Titel dessen, was der Dichter auf der Bühne stellt. Und nicht etwa „Die geknickte Unschuld vom Lande“. Wie wird der Autor gesucht? Alle Reugierde des Dichters gilt dieser Frage. Nicht die Wirklichkeit fesselt ihn mehr, sondern nur noch diese Gespinnsterei, das heißt das Dasein der Geschöpfe, die nur Schatten aus seiner Phantasie sind. Er kann nichts anderes tun als zeigen, auf welche geistigste Manier diese sechs Schatten in die Alltäglichkeit eindringen. Sie führen das Blutvolle, reguläre Theaterpiel, kommen den Komödianten, die reell auf den sechs Brettern agieren, in die Quere und machen sogar aus dem robusten Direktor einen Poeten. Kurz, Leben und Märchen werden vermengt auf eine imponierende Weise, die auf die Nerven geht, die schon seit Jahrzehnten nicht mehr gesehen wurde, die man ohne Nationalstolz aber als romantisch-deutsch rühmen darf. Pirandello gibt übrigens ohne Bedenken zu, daß ihn die Deutschen inspirierten. Nachdem das Stück in England und Amerika gespielt worden war, schrieb Bernard Shaw, es wäre das originellste und stärkste Werk des antiken und modernen Theaters. Pirandello quittiert das mit einiger Bescheidenheit.

Noch eines: der Russe Tairoff, dessen Truppe auch in Berlin spielte, will die Kulissenbauart überwinden, indem er sich über sie lustig macht. Seine Komödianten sollen mit allen Theatermitteln tänden und keinen Augenblick vergessen, daß alles nur auf eine große Blendung abzielt. Die Russen blieben mehr bei oberflächlichen Ballettmitteln. Bei Pirandello wird die Kulisse wirklich

rungsrat und Chef aller Speise- und Schlafwagen Renand und der Eisenbahndirektor aus Blankenburg im Harz Kap. Trotz seines süßlich klingenden Namens ein Deutschnationaler. Sie waren in Lübeck anlässlich der Generalversammlung der Lübeck-Büchener Bahn gewesen. Bald lösten sich ihre Jungen. Der kurzweg „herr Geheimrat“ benannte Lenz erbot sich über den Ausfall der Bahnen. Er meinte, man solle nur ihm die Aufgabe der Regierungsbildung anvertrauen, dann wäre die Sache in höchstens zwei Tagen gelöst. Und zwar so: Den Reichstag — nachdem die Kerle drin sind — feste zugeschlossen, eine anständige Wache „unserer“ Reichswehr vor und jedem Kerl 25 mit der Karbaische, bis er das Maul hält. Noch besser sei es freilich einen Diktator zu ernennen und dann tüchtig „reinspeffern“. Eine Million von dem roten Gefindel sei zu viel auf der Welt und um keinen sei es schade. Niemand von den verachteten Führern werde machen, denn es ging ums Leben, und an die sonst unermessliche Band wolle wohl niemand gestellt werden! Wenn aber schon — denn schon! Besonders Berlin hätte es dem Geheimrat angetan. „So ein verfluchtes rotes Drecknest“ sei es wohl endlich wert, wie Sodom und Gomorrha mit Feuer und Schwert vom Erdboden verflügt zu werden.

Beide Herren, der Blankenburger Direktor und der Chef der Mitropa, stimmten jubelnd zu. Nur meinte der Republikaner — und solcher ist doch ein Geheimrat Oberregierungsrat, nicht wahr? —, es gebe doch auch in Berlin, er selber wohnt dort, und zwar in Lichterfelde, glaube ich, doch auch noch vernünftige und „anständige“ Leute. Aber Lenz ließ nichts nach, obwohl auch sein Schwiegerjohn, ein Regierungsbaumwolller, in Rikolassee wohnt, und wollte höchstens diese Gerechten nach seinem Tustulum in Schiedelbein in Pommern mitnehmen.

Besonders interessant war aber folgende Äußerung des Blankenburger Direktors: „Warum denn so gewalttätig, wir haben doch bald eine Rechtsregierung, und die wird die roten Bonzen schon rauschmeißeln!“ Und weiter folgende Bemerkung des Mitropa-Mannes: „So blutig braucht es doch nicht herzugehen, die Novemberrevolution hat doch auch niemanden etwas getan.“ Antwort vom Geheimrat Lenz: „Warum waren die Kerle so dämlich! „Unser“ Leute werden nicht so dumm sein!“

Jedenfalls eine erbauende Abendunterhaltung. Doch man sprach nicht nur von der hohen Politik, sondern auch vom Geschäft. Besonders nach Wittenberge, wo der Blankenburger Direktor umstieg, ging es damit richtig los. Auf der Generalversammlung der Lübeck-Büchener Bahn mußte man sich schließlich mit der Unterbringung ihrer neuen und alten Aktien beschäftigt haben, und es mußten da alle möglichen Hindernisse dafür bestehen. Jedenfalls gab der Geheimrat Lenz dem Mitropa-Chef viele dankenswerte Fingerzeige, wie der „gute Ditt“ — anscheinend der Generaldirektor der Lübeck-Büchener Bahn — es „richtig“ machen müsse. Auch von den Arbeitervertretern im Ausschussrat war die Rede. Es soll ein Lokomotivführer und ein Schlosser sein. Beide fanden aber nicht vielen Beifall bei meinen Reisebegleitern. Diese Arbeiter seien zu verbohrt, zu sehr Gewerkschaftler, hielten unnötige Reden und seien sehr einbehrlich. „Na, das wird ja bald am längsten gedauert haben, „unser“ Leute in der Regierung werden schon bald damit Schluss machen!“ So meinten die Herren...

Die Rechtsregierung ist zwar noch nicht da, aber die Diktatoren fühlen sich schon so ablosol sicher, daß sie in offenem Bahnwagen — allerdings erster Güte! — sich vollkommen ungezwungen über ihre Absichten äußern. Deshalb haben aber auch andere Leute als die Eisenbahngewaltigen Interesse an der Sache, und die Herren Lenz und Co. werden uns Dank wissen, wenn wir sie durch Wiederhergabe ihrer schönen Pläne für die Regierungsbildung rechtzeitig in empfehlende Erinnerung bringen!

Die Geschichte der Abtrünnigen...

... ist noch lange nicht zu Ende.

Die „Rote Fahne“ hat einen Teuervogel. Zwischen dem unaufrichtigen wüsten Schimpf auf die Sozialdemokratie muß sie stehen, daß die Reichen der SPD. sich weiter lüchten. Im Feuilleton spricht sie einen schmerzlichen Nachruf auf Leonhard Frank. Johannes R. Becher hat Geschmach genug, ihm den Fing nachzurufen, den die Kommunisten für jeden haben, den allzu lange Erschwerung zwingt, sich von ihnen abzuwenden. Ahnungslos geklebt die „Fahne“:

„Die Geschichte der Abtrünnigen ist damit gewiß noch lange nicht zu Ende geschrieben.“

Wie zur Bestätigung dieser schmerzlichen Äußerung meldet die gleiche Nummer an anderer Stelle, daß zwei „Kandatsjäger“ an Sozialdemokratie übergetreten sind. In Ebing ein „gewisser Schröder“. Dieser „gewisse Schröder“ war im Herbst 1923 eine loslösele Ertrungenschaft für die SPD. Er veröffentlichte damals in der Zeit allgemeine und sarkastische Artikel, die die Politik der Sozialdemokratie kritisierte. Sie gefielen der „Roten Fahne“ so gut, daß sie sie als Leitartikel übernahm und diesen Schröder als „ehrlichen Arbeiter“ im Gegensatz zur Bonzenwirtschaft der Sozialdemokratie pries. Jetzt hat der ehrliche Arbeiter Gelegenheit gehabt, die SPD. kennen zu lernen, er wendet sich von ihr ab, natürlich ist er ein ganz gemeiner Schuft. Anders als mit moralischen Beschimpfungen kann die „Rote Fahne“ überhaupt solche Dinge nicht behandeln.

Auch in Mecklenburg ist der Landtagsabgeordnete Jungbluth zur Sozialdemokratie übergetreten. Auch dieser Uebertritt wird nicht der letzte sein. Darum brauchen wir uns bei der Politik der SPD-Zentrale nicht zu bangen.

Für den Reichspräsidenten.

Rundgebung der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung.

Frankfurt a. M., 31. Dezember. (Mit.) Die Stadtverordnetenversammlung nahm gegen die Stimmen der Deutschnationalen, Nationalsozialisten und der Kommunisten einen von den übrigen Parteien gestellten Antrag an, wonach der Magistrat ersucht wird, sich folgenden Beschluß anzuschließen:

„Die Stadtverwaltung von Frankfurt a. M. entbietet dem Herrn Reichspräsidenten aus Anlaß des gegen ihn gerichteten Angriffs den Ausdruck ihrer Hochachtung und Verehrung. Sie würdigt die Verdienste des Präsidenten, sehr bald 6 Jahre der schwersten Prüfungen des Vaterlandes in würdiger Form das Reich vertreten, dem Werte der Versöhnung der Parteigegensätze gedient und dem Ausbau des Staates und der Wirtschaft alle Kräfte gewidmet zu haben.“

Bei dieser Gelegenheit bringt die Stadtverwaltung den schon früher geäußerten Wunsch zum Ausdruck, der Herr Reichspräsident möge alljährlich für bestimmte Zeiten in Frankfurt a. M. Rufenhohl nehmen zwecks Knüpfung fruchtbarer Verbindungen der Zentralregierung mit West und Süd des Reiches.

Die Stadtverwaltung stellt dem Herrn Reichspräsidenten das Bundespalast zur Verfügung, den sich der Reichsregierung des Jahres 1848, 50 Jahre hindurch Sitz des Präsidiums des Deutschen Bundes, ein Symbol der inneren Einheit aller deutschen Stämme.“

Auch Skulari ist von den aufständischen Albanern befreit worden. Eine 600 Mann starke Abteilung der Truppen Fan Rolis hält sich jetzt noch in der Gegend von Kruma auf.

Die Änderungen im Berliner Wohnungsnotrecht

Der Preussische Minister für Volkswohlfahrt hat den Magistrat zum Erlaß einer neuen Bekanntmachung über das Wohnungsnotrecht ermächtigt, die gegenüber dem vom Magistrat eingereichten Entwurf, dessen hauptsächlich Bestimmungen durch die Presse bereits bekanntgegeben sind, nur einige unwesentliche Änderungen enthält. Das neue Recht tritt, wie bereits bekannt, am 1. Januar 1925 in Kraft. Nachmals sei kurz dargelegt, inwiefern das neue Recht sich von dem alten unterscheidet.

Die erste Änderung.

Zunächst sollen ab 1. Januar die rein gewerblichen Räume, wenn sie nicht mit einer Wohnung zusammenhängen und für sich allein vermietet werden, nicht mehr unter die Bestimmungen der Wohnungszwangswirtschaft, also des Wohnungsmangelgesetzes. Sie können daher vom Wohnungsamt nicht mehr in Anspruch genommen werden und der Verfügungsberechtigte kann sie an jeden frei vermieten. Dies bedeutet jedoch nicht völlige Freigabe dieser Räume, denn die Vorschriften sowohl des Reichsmietengesetzes als auch des Mieterschutzgesetzes finden, solange der Preussische Minister für Volkswohlfahrt als die zuständige Stelle nichts Abweichendes angeordnet hat, auch auf rein gewerbliche Räume nach wie vor Anwendung, d. h. unter anderem, die Höhe der Miete richtet sich, wenn eine der Mietparteien eine entsprechende schriftliche Erklärung der anderen Partei gegenüber abgegeben hat, nach den gesetzlichen Vorschriften und die Durchführung einer Mietaufhebungsfrist ist nur möglich unter den Voraussetzungen des Mieterschutzgesetzes. Um bei der Herausnahme der rein gewerblichen Räume aus der Wohnungszwangswirtschaft zu verhüten, daß derartige Räume längere Zeit leer stehen, obwohl sie mit geringen Kosten — was beispielsweise bei Büroräumen sehr häufig vorkommt — Wohnzwecken dienlich gemacht werden könnten, ist die bisherige Bestimmung des § 7 des Berliner Wohnungsnotrechts — allerdings in gemilderter Form — bestehen gelassen. Hierdurch hat der Verfügungsberechtigte auf Verlangen des Wohnungsamtes der Stadt Berlin unentgeltlich Fabrik-, Lager-, Werkstätten-, Dienst-, Bureau-, Geschäftsräume, Läden oder sonstige Räume (auch Dachgeschosse) zur Herrichtung als Wohnräume gegen Vergütung zu überlassen, wenn sie länger als 3 Monate leer stehen.

Die zweite Änderung

des Notrechts beruht auf der Verordnung des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt über die Bewirtschaftung übergroßer Wohnungen und möblierter Zimmer vom 12. d. M. Das Nähere hierüber ist bereits durch den Amtlichen Preussischen Pressedienst mitgeteilt worden. Auf Einzelheiten braucht daher nicht mehr eingegangen zu werden. Bezüglich der möblierten Zimmer ist, da diese in Berlin bereits seit dem 1. September 1924 aus den Bestimmungen des Wohnungsmangelgesetzes herausgenommen waren, eine Änderung des Notrechts nicht erforderlich gewesen; dagegen mußten die Vorschriften über die Anspruchsnahme „übergroßer Wohnungen“ in Fortfall kommen. § 5 Abs. 1 c des alten Notrechts ist daher in dem neuen nicht mehr enthalten.

Die dritte Änderung

betrifft die Vermietung der Wohnungen, die — abgesehen von Küche, Nebenzimmer und Mädchenkammer — 5 oder mehr Wohnräume enthalten. Diese Wohnungen sind mit der Neuordnung nicht etwa völlig aus der Wohnungszwangswirtschaft herausgenommen. Es müssen vielmehr für den Fall ihres Freiweilens oder Freiwerdens dem Wohnungsamt genau so angezeigt werden wie bisher. Der

Verfügungsberechtigte hat jedoch während eines Monats vom Tage der Freimeldung an das Recht, die Wohnung an den Inhaber einer von einem Berliner Wohnungsamt ausgestellten Ausweisarte, die über die entsprechende Zimmerzahl lautet, ohne besondere Zustimmung durch das Wohnungsamt zu vermieten. Der Abschluß des Mietvertrages ist dann binnen einer Woche, unter Vorlegung des Originalvertrages und Rückgabe der Ausweisarte, vom Mieter oder Vermieter dem Wohnungsamt zur Genehmigung mitzuteilen, in dessen Bereich die zu ermietende Wohnung liegt. Aus Verträgen, die dem Wohnungsamt zur Genehmigung nicht mitgeteilt sind, können gemäß § 31 des Mieterschutzgesetzes Rechte weder einem Vertragspartner, noch einem Dritten, noch einer Behörde gegenüber geltend gemacht werden; insbesondere finden die Vorschriften über den Mieterschutz in diesen Fällen keine Anwendung. Hat nun der Verfügungsberechtigte binnen der eben erwähnten Frist von 1 Monat die Wohnung nicht vermietet, so steht dem Wohnungsamt, in dessen Bereich die Wohnung liegt, das Recht zu, sie für Wohnungssuchende in Anspruch zu nehmen.

Die Ausweisarten.

Was die Ausweisarten betrifft, so ist hierzu zunächst zu bemerken, daß sie nicht nur für den Bereich des ausstellenden Wohnungsamtes, sondern für die ganze Stadt Berlin gelten. Die Ausgabe der ersten Karten wird in den nächsten Tagen erfolgen. Aus besonderen Anträgen auf Ausbändigung einer Ausweisarte bedarf es nicht. Diejenigen Wohnungssuchenden, für die eine Ausweisarte ausgestellt wird, erhalten eine entsprechende Mitteilung, worauf sie die Ausweisarte vom Wohnungsamt abholen müssen, wenn sie die Streichung in der Liste der Wohnungssuchenden vermeiden wollen. Zunächst kann nur eine begrenzte Zahl von Ausweisarten ausgeben werden, und zwar haben diese zunächst nur bis zum 31. März 1925 Gültigkeit. Wer bis zum 31. März 1925 hierauf keine Wohnung gemietet hat, muß die Karte spätestens an diesem Tage zur Verlängerung der Gültigkeit bei dem ausstellenden Wohnungsamt vorlegen; andernfalls wird er in der Liste der Wohnungssuchenden gestrichen. Schließlich ist hier noch zu bemerken, daß auf Anordnung des Preussischen Ministers für Volkswohlfahrt die Bestimmungen über die Beamtenwohnungen, die in dem Ministerialerlaß vom 16. Juni 1923 niedergelegt sind, auch bei den Wohnungen von 5 und mehr Zimmern in Geltung bleiben. Demgemäß steht für den Fall, daß eine von einem unmittelbaren Reichs- oder Staatsbeamten oder Reichswehrangehörigen innegehabte Wohnung von 5 oder mehr Zimmern durch seine Verheiratung, sein Ausscheiden oder seinen Tod frei wird, zunächst 3 Wochen lang, nachdem das Wohnungsamt der dem Beamten vorgelegten Behörde Mitteilung vom dem Freiwerden der Wohnung gemacht hat, dieser Behörde das Recht zu, über die Wohnung zugunsten eines anderen Beamten ihres Amtsbezirks zu verfügen. Erst wenn die Behörde innerhalb dieser Frist von ihrem Recht keinen Gebrauch gemacht hat, ist der Vermieter berechtigt, binnen eines weiteren Monats die Wohnung an den Inhaber einer Ausweisarte frei zu vermieten.

Als letzte Änderung

ist noch hervorzuheben, daß entsprechend der bei den rein gewerblichen Räumen und den Wohnungen mit 5 und mehr Zimmern getroffenen Neuordnung das Verbot der gewerblichen Vermietung derartiger Räume mit dem 31. Dezember 1924 aufgehoben ist. Das Verbot bleibt jedoch auch nach dem neuen Recht bestehen bei möblierten oder unmöblierten Wohnungen von weniger als 5 Zimmern und bei leeren Zimmern, die nicht Teile einer selbständigen Wohnung sind.

Wohnungs-Massenkündigungen!

Freie Wohnungswirtschaft im Anzug?

Uns wird folgende Brief vorgelegt: Herrn G. Berlin, Ritterstr. ... Im Falle der Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft oder teilweisen Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft kündige ich Ihnen die in meinem Hause innehabenden Räume zu dem zunächst zulässigen Termin. Ich bemerke, daß Sie sich mit dieser Kündigung in günstigem Zustand befinden und ich von meinem Recht sofort Gebrauch machen werde, wenn die Zwangswirtschaft aufgehoben wird. Hochachtungsvoll für Frau G. R. — Vereinzelt Fälle derartiger Kündigungen sind uns schon vor Jahresfrist mitgeteilt worden. Es scheint aber, als ob die Hausbesitzer über bestimmte Dinge besser unterrichtet sind als die Mieter, so daß man diese Kündigungen als die ersten Anzeichen dafür ansehen kann, daß der ganze Mieterschutz unter dem Ansturm des volksparteilichen, deutschnationalen und würtlichen Hausbesitzes demnächst in die Brüche gehen und Millionen Volksgenossen dem tiefsten Elend überantwortet werden sollen.

Silvesterverkehr die ganze Nacht.

In der Silvesternacht werden sämtliche Verkehrsmittel den Betrieb aufrechterhalten. Die Hochbahn befährt alle Strecken, ebenfalls die Nord-Südbahn. Die Stadtbahn verkehrt die ganze Nacht in Abständen von 20 Minuten. Die Ringbahn hat Stundenverkehr nach den Vororten. Der letzte Zug der Strecke Wannsee verläßt 3.55 Uhr Berlin nach Potsdam. Der Autonomibusverkehr wird sich darauf beschränken, in der Silvesternacht auf der schon bestehenden Nachtomnibuslinie Potsdamer Platz—Halensee (Ringbahn) einen Nachtbetrieb zu unterhalten. Die Autobusse verkehren ununterbrochen bis 6 Uhr morgens. Die Straßenbahnlinien 1, 9, 15, 32, 65, 69, 72, 74, 76, 87, 98 verkehren in Abständen von 7½ Minuten die ganze Nacht hindurch. Im übrigen haben die anderen wichtigen Linien verlängerten Nachtbetrieb, der bis 3 Uhr früh geht.

Tragischer Tod eines Schülers.

Auf dem Tegeler See ertrank am Dienstag der Wirtschaftsschüler Hellmuth Hanke, der auf der Insel Scharfenberg wohnte. Hanke hatte mit dem Boot eine Person von der Insel nach Tegelerort gebracht. Auf der Rückfahrt stellte er sich auf den hinteren Sitz, verlor das Gleichgewicht und stürzte in das Wasser. Auf seine Hilferufe eilte der Bewirtschafter Gustav Wlasenat herbei, doch war Hanke bereits ertrunken. Der Rettungsversuch suchte die Stelle ab, konnte jedoch die Leiche bisher nicht bergen.

„Stellung zum Ebert-Projekt.“

In einer „Kassenversammlung“, was die Kommunisten so zu nennen belieben, wiederholte gestern Abend der Landtagsabgeordnete Piek im Auftrage der kommunistischen Parteizentrale noch einmal vor Jahresabschluss das bekannte Schimpfspiel gegen die Sozialdemokratie. Den äußeren Anlaß dazu hatte man sich von dem Projekt des Reichspräsidenten in Magdeburg, im Grunde genommen war die Zentrale davon überzeugt, ihrem Anhang wieder einmal Gelegenheit zum Kraken zu geben. Der Referent gab sich die größte Mühe, aber es klappte nicht recht. Wie sollen auch die jungen Burklen, die zum größten Teil die Versammlung ausmachten, die Vorgänge vom Frühjahr 1918 beurteilen können. Natürlich hat nach der Ansicht der Kommunisten nicht nur Ebert, sondern die ganze sozialdemokratische Führerschaft „Verrat“ begangen, darin stimmt die SPD. mit den Deutschnationalen wenigstens überein. So oft wie gestern ist selten in einer Versammlung des Verrat gebraucht worden und des will bei den Kommunisten viel bedeuten. Kopfschmerzen bereitet dem Referenten nur die Tatsache, daß immer noch so viel Arbeiter der Sozialdemokratie nachschauen. Sie zurückzugewinnen, sei die nächste Aufgabe. Dazu müßten die schwachen Kräfte (die nach der Wahl übrig geblieben sind) gesammelt werden. Angesichts der großen Zustimmung, die die „Rote Fahne“ an zwei

Tagen der Versammlung angebeihen ließ, ist das ein wertvolles Eingeständnis. Am übrigen zeigte die Versammlung den großen Rückgang der kommunistischen Partei in jeder Hinsicht. Um einen vollen Saal zu haben, wird für ganz Berlin ein einziges Lokal gemietet, das noch dazu von einem Publikum besetzt ist, das überall da zu finden ist, wo es Rabau zu machen gibt. Die Schimpfereien der Redner wurden brüllend quittiert, wozu hätte man sich denn sonst zusammengefunden.

Zur Erinnerung an Silvester 1913.

Es war am Tage vor der letzten Silvesterfeier vor dem Krieg, am 31. Dezember 1913 — so schreibt uns ein Freund unseres Blattes —, als ich, um einige Scherzartikel zu kaufen, durch ein hiesiges Warenhaus ging. Unter allen möglichen Umständen sah ich auch einen Teiler mit Scherzartikeln, wie ich meinte. „Die leben ja ganz echt aus!“ sagte ich zu dem Fräulein. „Die sind auch echt, aus richtigem altem Pfannkuchenteig“, erwiderte sie. — „Na, und warum sind sie bei den Scherzartikeln?“ — „Sie sind mit Mostsch gefüllt“, erwiderte schelmisch die Verkäuferin. Ich überlegte. Man wird diese Pfannkuchen abnungslos anbacken. Sie würden gut schmecken. Man würde weiter essen. Wüßlich Mostschgeschmack. Bui, Leibel. Weg damit. Der Pfannkuchen, zu dem doch gutes Mehl verarbeitet worden war, lag in die Ecke und kam in den Müll. So reich waren wir damals, daß wir uns mit dem Haupt- und Grundnahrungsmittel der Menschheit, dem Mehl, so unpassende Scherze erlauben durften. In den Jahren des Krieges haben wir gutes Mehl bitter entbehren müssen und bekamen Mehl aus Kleie, Sägespänen, Birkenrinde, vorgelegt. Hoffentlich ist der Vorfall eine Warnung, es niemals wieder zu solchen Entartungen kommen zu lassen.

Der Autonomibus in der Silvesternacht. Die Allgemeine Berliner Omnibus-K.G. wird sich darauf beschränken, in der Silvesternacht auf der schon bestehenden Nachtomnibuslinie Potsdamer Platz—Halensee (Ringbahn) einen Nachtbetrieb zu unterhalten. Die Autobusse verkehren ununterbrochen bis 6 Uhr morgens.

Durch Fahrlosigkeit erlangt. Eine furchtbare Entdeckung machte gestern Abend der 15jährige Sohn des Elektromonteurs Richard Herr in der Wilhelmstraße 45 zu Rowaves. Als der Junge ins Zimmer trat, fand er seinen 13jährigen Bruder Herbert in einer Jacke nur am Fensterreißer als Leiche hängen. Der Knabe hatte vorher mit einer Kasse gespielt, war ausgeglichen und in die Schlinge, die am Fensterreißer hing, gefallen, die sich jedenfalls von selbst zuzog, bevor sich der Knabe befreien konnte. Die Leiche ist von der Potsdamer Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Ein Verbrechen liegt allem Anschein nach nicht vor.

Schiffsunfall: auf der Office. Der deutsche Dampfer Askania, der die Route Alborg—Riel fährt, überkam in der Nähe von Rördal den dänischen Dampfer Gerda aus Alborg. Der Dampfer sank augenblicklich. Es gelang die Befahrung zu retten. Das Isländische Telegraphenbureau teilt mit: Der deutsche Schoner Schuttmeyer aus Uden Strandete bei Hjörten. Die zwöschöpfige Befahrung erreichte im Rettungsboot Hjörten. Es scheint ausgeschlossen, daß das Fahrzeug flottgemacht werden kann.

Jugendveranstaltungen.

Kofenthaler Fest. Treffpunkt zum Konzert Riebertstraße 1/2 Uhr. am Kofenthaler Platz. — Regen (Donnerstag) Wandlung. Treffpunkt vor dem 9 Uhr Kofenthaler Platz.

Geschäftliche Mitteilungen.

Wiederkehr alter Gewohnheiten. In einer Silvesterfeier geschähen früher immer Pfannkuchen. In diesem Jahre nun können die meisten Familien wieder daran denken, dies jeder selbst herzustellen. Der billige Preis der Pfannkuchenteigmarke „Schwan im Pfannkuch“ ist es, der die bestehenden Gewohnheiten nicht trennt. Diese selbst frisch selbst in den Handel, hat ein besonders feines Aroma und ist nicht nur zur Herstellung seiner Schokolade, sondern auch zum Backen, Braten und Kochen besonders zu empfehlen.

Gewerkschaftsbewegung

Rückkehr zum Achtstundentag!

In Polnisch-Oberschlesien.

Kattowitz, 31. Dezember. (Ca.) Wie aus Kreisen der Industriellen verlautet, sollen die Verhandlungen mit dem Arbeitsminister Sozial dahin geführt haben, daß in Kürze in den ober-schlesischen Industriehütten von neuem der Achtstundentag eingeführt werden wird.

Vor den Wahlen ließ der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns verkünden, daß auch in Deutsch-Oberschlesien in den durchgehenden Betrieben der Achtstundentag wieder eingeführt werden wird. Bis heute ist dieses Wahlversprechen noch nicht eingelöst. Herr Dr. Brauns ist noch immer Reichsarbeitsminister. Entweder dürfte er dieses Versprechen nicht geben oder er muß es einlösen.

Verkürzung der Arbeitszeit.

Ein Erfordernis der Volksgesundheit.

Als Stimmes, wie erinnerlich, in einer Rede das Wort gebrauchte: „Nach einem verlorenen Kriege kann man nicht zwei Stunden weniger arbeiten“, und als aus den von ihm ins Auge gefaßten Verhältnissen zunächst eine Verlängerung der Arbeitszeit in einigen Betrieben eingeführt wurde, da schienen für eine solche Maßnahme immerhin Gründe vorzuliegen. Man darf aber ein solches Wort nicht aus dem Zusammenhang nehmen, zum politischen oder wirtschaftlichen Programm erheben, auf alle Arbeitsverhältnisse verallgemeinern und gar verewigen wollen. Nach der Aussage hervorragender Arbeitgeber ist eine verlängerte Arbeitszeit keineswegs unter allen Verhältnissen wirtschaftlicher Gewinn. Im Gegenteil besteht die Gefahr, daß bei einer über das bequeme Kräftemaß zu weit ausgedehnten Arbeitszeit die Arbeitsqualität, die Fehlerfreiheit, die Gemütsfähigkeit sinken und sinken müssen — zum Schaden der allgemeinen Rentabilität. Indessen hiermit mögen sich die Wirtschafts-sachverständigen von Fall zu Fall befassen, allerdings, wie zu wünschen wäre, frei von jeder politischen Boreingenommenheit.

Was aber gefordert werden muß und seiner Diskussion mehr bedarf, ist, daß vom volkshygienischen Standpunkt die verlängerte Arbeitszeit in den Großstädten für weite Kreise von Arbeitern und vielleicht noch mehr von Angestellten eine schwere Gefahr oder man muß jetzt schon sagen, einen schweren und nicht mehr einbringenden Verlust an Gesundheitskräften bedeutet. Daß diese Momente in Haushalt eines Volkes gleichfalls wirtschaftliche Faktoren sind, die ohne viel Mühe und zahlenmäßig zu erfassen waren, bedarf nicht der Erwähnung.

Man soll überdies bei Bemessung der Arbeitsfähigkeit noch in Rechnung stellen, daß der großstädtische Arbeiter und Angestellte nach Beendigung seiner Tagesarbeit und Rücklegung seines Arbeits-motes vielfach noch eine persönlich und volkswirtschaftlich unentbehrliche Arbeitsleistung zu erbringen hat, die wegen ihrer Vielfältigkeit nur angedeutet werden kann: als Hausvorstand, als Steuerzahler, als Ausbesserer an Wohnung oder Kleidung, manchmal als Besitzer eines kleinen Gartens u. a. m. Dazu kommen die unter den Ange-schickten beiderlei Geschlechts in Berlin infolge ungenügender Entlohnung nach immer mehr zahlreichen Fällen von Abwanderung vor, als Zuchthälter, Analoffizier, Händler u. a.

Unter diesen Umständen fehlt für jede persönliche Gesundheits-pflege die Zeit in einem Grade, der auf die Dauer für die Bedürf-nisbedeutung bedenklich werden muß. Wir Ärzte dürfen hierbei nicht einmal nach dem Maßstabe der uns aussuchenden Kranken urteilen, denn dieser ist noch zu günstig. Die am schwersten betroffene Bevölkerungsschicht ist diejenige, welche überhaupt nicht die Zeit hat, zum Arzt zu gehen. Zwei Krankheitsgruppen, die von dem Mangel an Zeit besonders schwer gezeichnet sind, mögen als Beispiele dienen: die Frauenkrankheiten und der Zahnerkruft. Bei den Ersteren ist es einleuchtend, daß ohne ein gewisses, wenn auch bescheidenes Maß an häuslicher Zeit für körperliche Pflege die Frau die Schäden ihrer stehenden oder stehenden Arbeitsweise nicht ausgleichen vermag, und daß schließlich gerade bei diesen Krankheiten auch aus psychischen Gründen eine heftige Span-nungsreaktion ärztlicher Hilfe unterlassen wird. Die Ursachen für die Verschlechterung der Zähne sind allerdings schon vor dem Kriege wissenschaftlich erörtert worden, indessen ist eine Zunahme dieser Verschlechterung in den letzten Jahren unbestreitbar. Personen, die monatlang, selbst Jahr und Tag keine Zeit haben, zum Zahnarzt zu gehen, sind außerordentlich häufig; Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren, die nur den fünften oder sechsten Teil ihres Gehaltes be-sitzen, sind keine Seltenheiten. Und doch hieran der Zeitmangel in der Großstadt den größten Teil der Schuld trägt, nicht Nachlässig-keit und nicht Geldfragen, ist außer Zweifel. Der Besuch des Arztes aber oder des Zahnarztes ist nur eine von den vielen persönlichen

Angelegenheiten des Arbeiters, und nicht einmal die äfferekte, für deren Erledigung die heutige Lebensweise kaum mehr Raum gibt. Deshalb ist es Pflicht, in dieser Frage jetzt einen Anstoß zu geben und die Forderung nach Kürzung der Arbeitszeit auszusprechen.

Dr. A. Pohl.

Der Gewerkschaftsfunktionär.

Das Wiederaufleben der Gewerkschaften nach der Inflation weiß auch dem „kleinen“ Gewerkschaftsfunktionär, dem „Ver-trauensmann“, die Aufgaben in verstärktem Maße zu, die er bisher in den Gewerkschaften hatte. Wie in der Partei, so ist auch in den Gewerkschaften der Vertrauensmann nicht nur das Binde-glied zwischen Führerschaft und Mitgliedermasse, sondern der Grundstock, die „Zelle“ jeder Verbandslängeit schließend. Bei der Agitationsarbeit geht wohl die Initiative von der Or-ganisationsleitung aus, die das Material liefert; die Verwertung der Anregungen, die Ummünzung der Anweisungen in die Ge-bruchsform ist Sache des Vertrauensmannes. Nicht immer ist der beste Agitator bei der Mitgliederwerbung, der in der Versammlung die gefällige Rede hält. Der stille, unscheinbare, aber unent-wegte Vertrauensmann ist Pfingführer und Säemann zugleich. In der Werkstatt, im Bureau, auf dem Bau und im Geschäft steht er in uniglicher persönlicher Verbindung mit den Unorganisierten wie auch mit „seinen“ Mitgliedern. Im kollegial-familiären Gespräch mit dem Nachbarn macht er diese auf die Vorteile der Organisations-zugehörigkeit aufmerksam. Jäh und unbeirrt überwiegt er die Einwände der Zweifler; mit Ausdauer und Selbstverständlichkeit ver-richtet er die kleinen Verwaltungsarbeiten für die Organisierten. Er ist der erkorene Vertreter der Arbeitsgenossen: im Kleinbetrieb ist er der alleinige Vorsitzende bei allen Verhandlungen mit dem Chef, im Mittel- und Großbetrieb stellt er den Repräsentanten des Verbandes in der Verabteilung dar.

Der Vertrauensmann hat nicht nur das Vertrauen seiner Kollegen, sondern auch der Geschäftsleitung des Verbandes. Ihm ist die Organisationszugehörigkeit und das Wirken für die Organisation zur zweiten Natur geworden. Weder Verfolgung noch wirtschaftliche Benachteiligung durch Vorgesetzte und Unternehmer schreckt ihn ab. Er wachelt die Arbeitsstelle und ist wieder Funktionär. Im neuen Beruf, in der fremden Stadt und der neuen Heimat arbeitet er wieder für die Organisation. Zeit, Geld, Familienleben opfert der Vertrauensmann für die „geringen“ Arbeiten im Verband. Ohne Hoffnung auf Dank und Anerkennung ist er der Gefreite seiner Korporation, der es in den seltensten Fällen zum Unteroffizier oder noch höher Chargierten bringt.

Einfach, selbstlos und beschiden, doch voll Energie und Tatkraft da, wo Unverstand oder brutale Unberückung den Grund für das Organisationsgebäude zerstören will, waltet der Vertrauensmann seines Amtes. Unbekannt schaffte er bisher sein groß Teil am stolzen Bau der Gewerkschaften; so wird der Vertrauensmann auch in Zu-kunft seine Arbeit leisten: ein Pionier der Arbeit und ihrer endlichen Befreiung von den Fesseln der Ausbeutung.

Schiedsspruch für die Straßenbahner.

Dortmund, 30. Dezember. (Ca.) Ueber Tarifvertrag und Lohn-löhe der rheinisch-westfälischen Straßenbahn wurde gestern unter dem Vorsitz eines Vertreters des Reichs- und Staatskommissars ein Schiedsspruch gefällt, wonach der Tarifvertrag vom 6. Juni 1924 vom 1. Januar 1925 an wieder in Kraft tritt und ebenso die Lohnordnung vom 2. Oktober 1924. Tarifvertrag und Lohnordnung gelten bis auf weiteres und können mit zweiwöchiger Frist zum 15. und zum Ende eines Monats, frühestens zum 31. Januar 1925 ge-fündigt werden. Die Erklärungsfrist läuft bis 1. Januar 1925.

Polnische Wanderarbeiter.

Das Postbureau meldet: Die Polnische Telegraphen-Agentur verbreitet die Meldung, der Königsberger Polizeipräsident habe in einer Bekanntmachung darauf hingewiesen, daß infolge der Ent-scheidung der deutsch-polnischen Opatantenfrage mit der Ausweisung deutscher Opatanten aus Polen gerechnet werden müsse. Um ihnen Wohnungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, habe der Polizei-präsident in der gleichen Bekanntmachung die Landwirte aufge-fordert, die Arbeitsverträge mit polnischen Saison-arbeitern nicht zu erneuern.

Hierzu ist zu bemerken, daß, wie sofort eingeleitete Ermitt-lungen ergeben haben, weder der Königsberger Polizeipräsident noch eine sonstige amtliche Stelle eine derartige Bekanntmachung er-lassen haben. Vermutlich liegt eine Verwechslung mit einem Ar-tikel der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ vom 25. d. M. vor.

Warschau, 30. Dezember. (Ca.) Der „Austromagazin-Kurier“ ver-öffentlicht das Ergebnis einer Umfrage über die Lage der in den französischen Bergwerken beschäftigten polnischen Bergarbeiter. Der Vorsitzende dieser polnischen Vereinigungen in Bruay Les Mines erklärt, daß in diesem am schärfsten mit polnischen Arbeitern durch-setzten Industrieort etwa 500 Arbeiter in polnischen Vereinigungen organisiert sind, daß aber das kommunistische Syndikat etwa 1180 polnische Mitglieder zählt. Weiter beschwert sich der Gewährs-

mann des Kuriers über die veralteten Einrichtungen der französischen Bergwerke, die die Ursache vieler Unglücksfälle seien. Der polnische Arbeiter werde schlechter behandelt wie der französische und trag seine bessere Arbeitsleistung als minderwertig betrachtet. Auch die Entlohnung der polnischen Arbeiter sei verhältnismäßig niedrig. Unter Lage erreiche keiner von den polnischen Arbeitern mehr als 26 Franken und 70 Centimes täglich, wogegen die französischen Ar-beiter es bis zu 28 Franken bringen.

Paris, 30. Dezember. (CP.) Aus Villedieu wird gemeldet, daß man gegen die Ausweisung polnischer Bergleute protestiert, die sich bolschewistischer Umtriebe schuldig gemacht haben. Die Arbeiter in dem Bergwerk Aniche sind in einen 24stündigen Protest-streik eingetreten, ferner streikt auch das Verlonal der Eisenbahn-gesellschaft Villedieu-Kaubair, Tourcoing aus Solidarität.

Offenbar handelt es sich um Proteststreiks der kommunistischen Gewerkschaften, die außerhalb Paris nur noch im industriellen Nordfrankreich eine wenn auch nur sehr beschränkte Bedeutung haben. Zu den Ausweisungen selbst ist zu sagen, daß wir sie selbst-verständlich mißbilligen. Wer jedoch die Praxis der Bolschewisten kennt, die in Russland jede nicht amtlich gebilligte Meinung gewalt-sam unterdrücken, gleichzeitig aber in anderen Ländern die gewalt-sätige Auflehnung gegen die Gelehe organisieren, wird die Opfer dieser Politik bedauern, aber jede Solidarität mit den Moskowierz ablehnen.

Proteststreik französischer Postbeamten.

Paris, 30. Dezember. (Ca.) Ein Streik von 300 Postbeamten auf dem Yvonne Bahnhof in Paris hat gestern große Störungen im Postbetrieb mit sich gebracht. Es handelt sich um einen nächtlichen Proteststreik, der zwei Stunden dauerte und sich dagegen richtete, daß die Prämie von 250 Frank, die Hälfte der Lohnerhöhung von 500 Frank, die für das letzte Jahr zugelagt worden war, nicht ausgezahlt wurde. Auch an anderen Stellen soll es zu ähnlichen Manifestationen gekommen sein.

Wirtschaft

Amerikanisches Kapital in Deutschland.

Amerikanische Kapitalisten haben in der letzten Zeit große Kapi-talisten in Europa angelegt. Bis Ende des Jahres betragen die an europäischen Länder geliehenen Kapitalien mehr als eine Mil-liarde Dollar. Daraus erhielt Deutschland mindestens 200 Millionen Dollar, möglicherweise aber noch mehr. 100 Millionen Dollar wurden belamlich auf die Reparationsansätze ge-zeichnet. Die übrigen Anleihen wurden Privatunterneh-mungen und Städten gewährt. Auch die Reichsbahn hat vor kurzem eine Anleihe von 15 Millionen Dollar, die als Betriebs-kapital verwendet wird, vom amerikanischen Kapital erhalten. Die Deutsche Bank hat Aktien an eine englisch-amerikanische Finanz-gruppe für 40 Millionen Goldmark abgegeben. Die Stadt Berlin erhielt 3 Millionen, die Stadt Köln 2 Millionen Dollar. Unter den Anleihen für die Privatwirtschaft sind die An-leihen an die Zuckerindustrie (6½ Millionen Dollar) und an das Kalisyndikat (6 Millionen Dollar) und drei Anleihen an das rheinisch-westfälische Kohlsyndikat, zusammen 8½ Millionen Dollar, zu erwähnen. Die Metallbank, der Norddeutsche Lloyd und die Deutsche Erdöl A.-G. haben größere englische Kredite beziehungsweise Beteiligungen, die Gesellschaft für elektrische Unternehmungen einen Kredit von bel-gischen, schweizerischen und spanischen Finanzgruppen erworben. Die vom ausländischen Kapital gewährten Anleihen sind fast alle kurz-fristig und sollen erst später in langfristige umgewandelt werden. Der Zinsfuß der Anleihen schwankt zwischen 7 bis 9 Prozent.

Kanalisation der Rheinmündung. Die gewaltige Entlohnung der Rhein- und Rainischaffener hat bewiesen, daß die 1866 erfolgte Kanalisation des Rheins zu einem Großschiffahrtsweg für die weitere Entwicklung unzureichend ist. Die 1912 erreichte Höchst-leistung des Güterverkehrs mit 2,6 Millionen Tonnen zu Berg und 0,8 Millionen Tonnen zu Tal kann bei den bestehenden Anlagen nicht erreicht, geschweige denn überschritten werden. Es sind Pläne für eine Kanalisation von Frankfurt bis zur Mündung fertig-gestellt, nach welchen in dem über 10 Meter hohen Gefälle dieser Strecke zwei Stauwerke errichtet werden sollen, die nicht allein den größten Rheinschiffen zugänglich sein sollen, sondern auch als Kraft-quelle dienen können. Man rechnet damit, daß die Arbeiten im Frühjahr begonnen werden.

Aufnahme französisch-portugiesischer Wirtschaftsverhandlungen. Die „Eiffage“ „Diario Noticias“ veröffentlichten ein Interview mit dem französischen Ministerpräsidenten, worin dieser verkündete, Frankreich habe ebenso wie Portugal den lebhaften Wunsch, den zwischen beiden Ländern bestehenden Unfriedlichkeiten in wirtschaftlicher Hinsicht ein Ende zu machen. Nach der Ausrückung Derris soll die Wirtschaftsverhandlungen zwischen Frankreich und Portugal im Januar einsetzt werden.

Verantwortlich für Postil: Ernst Rester; Mit-Helfer: H. J. Steiner; Gewerkschaftsbewegung: Frick, Eilers; Redaktionen: Dr. John Schilowski, Colates und Soukines; Fris-Karität: Austen; Ad. Glade, Amlich in Berlin. Verlag: Formwirts-Berlin G. m. b. H., Berlin, Grund: Formwirts-Berlin und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angehört dem Verb. sozialer Bauarbeiter
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Auf Kredit!
Damenkleider | Strickwesten
Damenhüte | Gardinen
Damenwäsche | Pelzragen
sowie Steppdecken, Bett-, Tisch- und Herrenwäsche
Kleine An- und Abzahlung
Sofortige Mitgabe der Ware
Skaltzer Putzsalon
Skaltzer Straße 2

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel.
Metallbetten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, Srahmatratz, an Private Bequeme Bedingungen. Katalog 30A frei.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Hosen Hosen
Jeder Art kaufen Sie am besten und billigsten in d. Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale.
Herren- und Knaben-Anzüge, Hosenträger, Stutzen sehr preisw.
Münchener-Gladbacher Hosen-Zentrale
Bügener Str. 25 (nahe Odeonsbr.)
Bauer Läden - Fahrleitverste.

Viel Glück im neuen Jahr



wird es jeder Hausfrau bereiten, wenn sie regelmässig die Feinkost-Margarine „Schwan im Blauband“ verwendet. Ihr sparsamer Verbrauch, das köstliche Aroma und ihre sonstigen guten Eigenschaften machen sie in der Küche unentbehrlich.

Preis 50 Pf. das Halbpfund in der bekannten Packung.

Schwan im Blauband frisch gekümt

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blauband“ das farbige illust. Familienblatt „Die Blauband-Woche“ gratis zu verlangen.



Vom Zunftgesellen zum freien Arbeiter

Eine kleine Kulturgeschichte mit zeitgenössischen Bildern von
PAUL KAMPFFMEYER

In Ganzleinen gebunden 1,75 Mark

Zu haben:
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und trotzdem billig!